Zeitschrift: Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe

Band: 85 (1988)

Heft: 7

Artikel: Armut und Armutsdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland

Autor: Fiechter, Otto

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-838632

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Armut und Armutsdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland

Vortrag an der Jahresversammlung 1988 der SKöF in Brunnen

Schwerpunkt der Jahrestagung der SKöF vom 16. Juni 1988 in Brunnen war der Vortrag von Otto Fiechter, Vorsitzender des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. Das Thema lautete: Armut und Armutsdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland. Wir publizieren den leicht gekürzten Inhalt. Die Untertitel hat die Redaktion gesetzt.

Gemäss Terminplan unserer Druckerei war der Redaktionsschluss dieses Juli-Heftes der ZöF auf den 10. Mai 1988 festgelegt. Deshalb kann die zusammenfassende Berichterstattung über den Kurs Armut und Selbsthilfe und die Jahresversammlung 1988 erst in der nächsten Ausgabe (August) eingerückt werden. *p. sch.*

Sucht aufs neue der soziale Aussatz der Armut und des Elends Europa und Deutschland heim? In der EG gab es Februar 1987 17 Millionen Arbeitslose! Müssen wir hilflos zusehen, wie die Zahl der Hilflosen sich immer stärker vermehrt? Leben wir schon in oder bewegen wir uns zu auf eine Dreiviertel- oder gar Zweidrittel-Gesellschaft: Drei Viertel oder zwei Drittel wohlhabend, ein Viertel oder ein Drittel arm? Darüber gibt es in der Bundesrepublik eine sehr intensive und sehr kontroverse sozialpolitische, aber auch sozialwissenschaftliche Diskussion.

Die Diskussion geht um Quantitäten und Qualitäten, um Definitionen und Konsequenzen. Ich kann nur einen kurzen Abriss geben.

Wir alle kennen aus unserer täglichen Berufserfahrung arme Menschen. Aber ich kann nicht nachweisen, wie viele Arme es in der Bundesrepublik gibt, denn ich kann nur subjektiv sagen, wer arm ist. Alle Wissenschaft lässt uns beim Zählen und Definieren im Stich – denn zählen kann man nur, was man vorher als mitzuzählen definiert hat.

Drei Armutsbegriffe beherrschen die Diskussion:

Die absolute Armut – Der Mangel an lebensnotwendigen Gütern

Einigkeit besteht darüber, dass diese absolute Armut in weiten Teilen der Dritten Welt auch als Massenarmut vorkommt – in der Ersten Welt, auch in den sozialstaatlich organisierten Industriegesellschaften so gut wie nicht.

Die relative Armut in zwei Ausprägungen

- Leben mit einem sozialen Existenzminimum, mit einem Einkommen, das gerade ausreicht, am untersten Niveau der Gesellschaft ohne existentielle Not zu leben – noch leben zu können, nicht nur vegetieren zu müssen.
- Leben mit einem Einkommen, das gerade noch ein Minimum an Teilnahme und Teilhabe an den üblichen Lebensgewohnheiten der umgebenden Gesellschaft erlaubt. Bei einem Einkommen von 60% eines durchschnittlich gewichteten verfügbaren Pro-Kopf-Einkommens wird von milder relativer Armut gesprochen, bei nur 40% (das ist zugleich in der Bundesrepublik in etwa die Sozialhilfeschwelle) von einer strengen relativen Armut.

Der – mit dem relativen Armutsbegriff sich berührende – Begriff von Armut als einer von materiellen Mängeln und sozialen Aussonderung (Deprivation) dominierten Lebenslage.

Der Begriff der Armut

Das Kreuz mit den relativen Armutsbegriffen und mit der Definition von Armut als besonderer Lebenslage ist, dass ihnen kaum objektivierbare Wertungen zugrunde liegen. Was gehört denn oberhalb des Existenzminimums zur notwendigen Teilnahme und Teilhabe an der Gesellschaft? Was gehört zum Durchschnittsniveau, zum Normalstandard? Sicher ist, dass es neben der Einkommensarmut andere Lebensformen der Ausgrenzung, der Benachteiligung, der Chancenlosigkeit gibt, die mit Einkommensarmut einhergehen können, aber nicht müssen.

Fast alle europäischen Sprachen unterscheiden seit dem Altertum – so auch die deutsche – zwischen arm und elend, pauper et miser, pauvre et misérable, poor and miserable. Das Wörterbuch der Gebrüder Grimm bringt den Sprachgebrauch seit dem Altertum auf den Punkt: Arm drückt einen Unglücklichen aus, dem Mitleid und Gnade zuteil werden soll; elend ist, wer in der Fremde, in der Entfremdung leben muss. Im «arm» steckt immer das Geringe, das Dürftige, wie in dem zu Herzen gehenden Satz des armen Mannes im Tockenburg: «Als das Gerücht in meine Heimat gekommen, ich müsse übers Meer, hätten meine jüngeren Schwesterlein all ihr arm Gewändli dahingeben wollen, mich loszukaufen . . .»

In «elend» steckt die Mischung aus Mitgefühl und Abscheu.

In unseren Tagen und Gesellschaften müssen wir, wenn wir zu einem handhabbaren Begriff der Armut kommen wollen, drei Kategorien unterscheiden: Die Armen, also die materiell notleidenden Bedürftigen; die Elenden, meist infolge ihres Elends auch arm, die durch Krankheit, Sucht, Kriminalität, Trennung und Scheidung an den Rand der Gesellschaft geraten sind, und die Hilflosen, die Blinden, Lahmen, Tauben, die Debilen und Imbezillen, die Schizophrenen, Psychotiker und Neurotiker, die arm und im Elend sein können, aber auch ohne das auf eine ständige Hilfe ihrer Familie und Umwelt angewiesen sind.

Der mecklenburgische, plattdeutsch schreibende Dichter Fritz Reuter lässt den Gutsverwalter Onkel Bräsig sagen: «De Armut kümmt von de Pauverté» – es wurde rasch und ist bis heute ein geflügeltes Wort. Wir amüsieren uns über die vermeintliche Platitüde, in der doch ein tiefer Sinn steckte: Armut, gleichgültig, woher sie kommt, gehört zum Leben. Sie trifft heute den unterbezahlten Taglöhner mit vielen Kindern, morgen den Bauern nach Sturm und Hagel; heute den Kaufmann, dem seine Waren auf dem Transport verlorengingen, morgen die Witwe, deren noch kleine Kinder krank wurden. Krieg und Bürgerkrieg, Krankheit, Naturkatastrophen stiessen Tausende und Abertausende ins Elend. Armut und Elend waren ein Naturereignis. So war es noch Mitte des 19. Jahrhunderts, als Fritz Reuter lebte und schrieb –, so war es Jahrtausende zuvor gewesen.

Armut ertragen zu müssen, hiess auch, sie zu verklären versuchen, wie in dem bekannten Spruch Salomonis (Sprüche 13, 7) «Mancher ist arm bei grossem Gut, und mancher ist reich bei seiner Armut».

Die Produktivität des Kapitalismus und der Kampf der Gewerkschaften in der christlich-sozialen und sozialistischen Arbeiterbewegung haben in Deutschland – ebenso in vergleichbaren Industriestaaten – die klassische Armut weitestgehend beseitigt.

Gewiss war und ist keine Gesellschaftsform so erfolgreich in der Beseitigung von Massenarmut und Massenelend wie die soziale Marktwirtschaft, die auf Privateigentum an Produktionsmitteln, Befriedigung der generellen Lebensbedürfnisse durch die private Wirtschaft, Steuerung von Angebot und Nachfrage und Preisbildung am Markt beruhende Wirtschaftsordnung mit staatlicher Intervention und obligatorischen Einkommens-Transfers, die typische Lebensrisiken, wie Krankheit und Invalidität (und damit Einkommenslosigkeit im Alter) auffangen.

Nur im so verfassten Sozialstaat bedeutet für die breite Masse Krankheit, Behinderung (gerade auch lebenslange Behinderung), Arbeitsunfähigkeit im Alter nicht mehr den tiefen Sturz in Armut und Elend. Die Kosten freilich dieser sozialstaatlichen Transfers sind so hoch, dass immer wieder neu die Belastungen und die Begünstigungen für den einzelnen ausbalanciert werden müssen.

So gibt es auch in der Bundesrepublik Deutschland bis heute keine Massenarmut und kein Massenelend. Wohl aber haben seit dem Ende der siebziger Jahre mit der steigenden Arbeitslosigkeit und schon seit längerem mit der Zunahme von Familientrennungen neue Verarmungsprozesse eingesetzt. Wir reden von einer neuen Armut. Prof. Klaus Lompe, der eine eingehende Untersuchung über neue Armut im südöstlichen Niedersachsen vorgelegt hat, kennzeichnet sie so: «War die Population der alten Armut in der Regel dadurch gekennzeichnet, dass sie arbeitsunfähig, krank und/oder alt war, so ist die der neuen Armut heute vor allem arbeitsfähig, arbeitslos und zum grossen Teil jung.»

«Neue Armut lässt sich nicht monokausal, sondern nur als Ergebnis eines Komplexes interdependenter Bestimmungsfaktoren analysieren, wobei die Verarmungsgefahr jeweils durch das Zusammenwirken institutioneller, politi-

scher und sozio-ökonomischer Rahmenbedingungen mit individuellen Faktoren, wie Dauer und Häufigkeit der Arbeitslosigkeit sowie dem Grad der familiären finanziellen Absicherung der Erwerbslosen konstituiert wird.»

Vielfach verborgen

Die neue Armut bleibt äusserlich vielfach verborgen. Es gibt nicht mehr Bettler auf den Strassen. Es fallen nicht verhärmte, zerlumpte Passanten ins Auge. Die neue Armut ist regional stark differenziert – wie die Arbeitslosigkeit: Unter 5% im Raum Stuttgart, 20% und mehr im Ruhrgebiet, in Ostfriesland, in den norddeutschen Hafenstädten, aber auch im Bayrischen Wald. In ihren Auswirkungen ist sie differenziert zwischen Stadt und Land, wo die familiäre Unterstützung häufig noch stärker ist. Je nach Definition und Massstab für Armut ist in den letzten Jahren die Armutsbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1,5 und 7 Millionen eingeschätzt worden.

Für die Einkommensarmut gibt es weitgehend Konsens insoweit, als Einkommen in Höhe der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt in der Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe und darunter die statistisch am besten belegte Basis für das Ausmass gibt – bei vielen Einwänden, denen auch diese Armutsschwelle begegnet.

Diese Zahlen für 1985 ergeben 2 558 000 Bezieher von Hilfe zum Lebensunterhalt bzw. Arbeitslosenhilfe unter Abrechnung der Arbeitslosenhilfeempfänger, die auch Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt sind. Das sind 4,18% der Bevölkerung.

Im gleichen Jahr bekamen 1,27 Millionen Haushalte Hilfe zum Lebensunterhalt. Leider hören hier die statistisch soliden Grundlagen schon auf.

Natürlich haben viele Bezieher von Hilfen in besonderen Lebenslagen in der Sozialhilfe (Hilfe zur Pflege für behinderte und alte Menschen in häuslicher Pflege und Heimpflege; Eingliederungshilfen für Behinderte; Hilfen für Personen in besonderen sozialen Schwierigkeiten – Suchtabhängige, Nichtsesshafte, Obdachlose, Strafentlassene –) auch nur ein Einkommen in Höhe der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt: Aber in der Sozialhilfestatistik wird die Höhe des verbleibenden Einkommens nicht erhoben.

Natürlich gibt es eine Dunkelziffer bei der Hilfe zum Lebensunterhalt: Bedürftige nehmen sie nicht in Anspruch, obwohl sie ein Recht darauf nach ihren Einkommensverhältnissen hätten. Eine viel zitierte Untersuchung kommt zu dem Ergebnis: Die Hälfte derer, die tatsächlich Leistungen zum Lebensunterhalt bekommen, müssten hinzugerechnet werden, weil auch sie tatsächlich Hilfe zum Lebensunterhalt beanspruchen könnten. Diese Hälfte darf man aber nicht als Armutsbevölkerung der vorhin genannten Zahl einfach hinzurechnen. Ganz überwiegend handelt es sich um Einzelne und Familien, die ein Einkommen ganz nahe an der Sozialhilfeschwelle haben und die wegen der geringen zu erwartenden Hilfe ihre persönlichen Verhältnisse und besonders die ihrer unterhaltspflichtigen Verwandten nicht offenlegen möchten.

Es ist ein ernsthafter Mangel, dass es in Deutschland an einer umfassenden

Armutsberichterstattung fehlt. Zur Einkommensarmut liesse sich vieles noch aufhellen, wenn z. B. wenigstens in Sondererhebungen ermittelt würden

- Einkommensverhältnisse von Räumungsschuldnern;
- Einkommensverhältnisse von Schuldnern in Vollstreckungsverfahren wegen notleidend gewordener Konsumentenkredite;
- Einkommensverhältnisse von Schuldnern öffentlicher Versorgungsbetriebe, denen Strom, Wasser, Gas gesperrt wurden;
- Einkommensverhältnisse von Hilfeempfängern von Hilfen in besonderen Lebenslagen in der Sozialhilfe;
- Einkommensverhältnisse von Angehörigen von Strafgefangenen und Heiminsassen.

Wer ist arm in der BRD?

Wer ist nun arm in Deutschland? Die längere Zeit Arbeitslosen und die Frauen aus zerbrochenen Familien. Durch die Arbeitslosigkeit hat sich die Zahl der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt rapide vergrössert. Setzen wir 1975 = 100% (1,1 Millionen Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt), so hatten wir 1985 2 Millionen Hilfeempfänger = 173%.

Aufwand 1975 – DM 3 Milliarden = 100%
1985 – DM 9,3 Milliarden = 311%.

Auch vorher gab es einen Anstieg der Empfängerzahlen, der in der Tat mit der Dunkelziffer zusammenhing: Immer mehr Arme nahmen Sozialhilfe als ihr gutes Recht in Anspruch.

Heute (nach den letzten exakten Zahlen von 1985, aber mit leider gleichbleibendem Trend) sind von 2,3 Millionen Arbeitslosen 852 000 = 36,9% ohne Anspruch auf Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz, weil sie überhaupt nicht in einem arbeitslosenversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis waren. 835 000 = 36,3% beziehen Arbeitslosengeld, das je nach Versicherungsdauer auf 1 bis 2 Jahre beschränkt ist, 670 000 = 26,8% Arbeitslosenhilfe. Beide Leistungen sind Einkommens-Ersatzleistungen, Arbeitslosengeld je nach Familienstand 63 oder 68% des letzten Lohnes, Arbeitslosenhilfe 56 bzw. 58%.

28,8% der Arbeitslosen bekamen 1985 bundesweit nach einer Stichprobenuntersuchung Hilfe zum Lebensunterhalt. In der Sozialhilfestatistik wird 1985 in 24,5% aller Fälle von Hilfe zum Lebensunterhalt Arbeitslosigkeit als Hauptgrund der Bedürftigkeit angegeben, gefolgt von 17,8% unzureichenden Versicherungs- und Versorgungsansprüchen; 6,25% Ausfall des Ernährers (in diesen beiden Fällen sind Hilfeempfängerinnen vorwiegend alleinerziehende Mütter).

In vielen von Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Städten sind zwischen 35 und 50% der Hilfeempfänger in der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt Arbeitslose. Neben Arbeitslosigkeit und zerbrochenen Familien spielen alle anderen Gründe nur eine marginale Rolle. Vor allem Altersarmut ist durch den Ausbau der gesetzlichen Rentenversicherung immer mehr zurückgegan-

gen. Nur 1,2% der Altersrentner bekommen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt.

Zwei Thesen

So lassen sich zwei Thesen zur Armut in Deutschland heute aufstellen.

1. Langzeitarbeitslosigkeit und zunehmende Instabilität der Familie schaffen erneut Armut, die über ein marginales gesellschaftliches Problem weit hinausreicht. Die individuellen Folgen dieser neuen Armut sind erschütternd. Ihre gesellschaftlichen Kosten sind immens hoch.

Viele Untersuchungen zu den Folgen von längerer Arbeitslosigkeit erweisen, dass Arbeitslosigkeit nicht nur als finanzielle Einbusse erlebt wird, sondern als bedrückender Zwang zur Umgestaltung der gesamten Lebensführung. Eine Kieler Sozialpädagogin hat aus ihren Erfahrungen mit Arbeitslosen in ihrer tagtäglichen Arbeit dargelegt:

«Je nach persönlicher Haltung und Belastbarkeit reagiert der Betroffene verzweifelt, resigniert oder apathisch. Hoffnungslosigkeit und Langeweile breiten sich aus. Man macht sich Versagervorwürfe.

Das Selbstwertgefühl nimmt ab. Ebenso das Selbstvertrauen und das Vertrauen zu anderen und in die Zukunft. Es setzt eine Art Destruktivität/Aggression ein, die sich entweder nach aussen richtet (gegen die Familie, das soziale Umfeld), oder nach innen, gegen sich selbst. In diesem Falle kann sie als psychosomatische Krankheit ihren Ausdruck finden (Magen-/Darm-, Herz-Kreislauferkrankungen, Schlafstörungen, Depressionen), um im Extremfall sogar zum Selbstmord zu führen.

Zwischen den Familienmitgliedern verändern sich die Strukturen insofern, als sich die Rollen verändern. In autoritär strukturierten Familien hat der von Arbeitslosigkeit betroffene Ehemann/Vater einen erheblichen Autoritätsverlust zu befürchten. Er verliert seine Rolle als Modell und als Ernährer der Familie. Sehr häufig übernimmt dann die Frau diese Rolle. Dabei geschieht es nach meiner Erfahrung jedoch selten, dass der Mann Teile der Rolle der Frau und der familienorganisatorischen Aufgaben übernimmt.

Das veränderte und bedrückte Familienklima und die Resignation der Eltern geht auf die Kinder über. Sehr schnell zeigen sich Schulleistungsschwächen, was auf die Entmutigung und Resignation der Eltern zurückzuführen sein dürfte. Hinzu kommen Nervosität, Abgespanntheit, Krankheitsanfälligkeit und oft auch Verhaltensstörungen. Die Perspektivlosigkeit, die den Kindern vermittelt wird, kann sich so auswirken, dass bezüglich der eigenen Leistung und des eigenen Eintritts ins Erwerbsleben keine Hoffnung oder Motivation mehr besteht.

Arbeitslose Familien neigen zur sozialen Isolierung, die häufig selbst gewählt ist, um die ‹Schande› der Arbeitslosigkeit möglichst lange geheimzuhalten. Aber auch die Einschränkung der finanziellen Mittel führt dazu, sich vom sozialen Umfeld zurückzuziehen. Man kann sich für Einladungen nicht revanchieren, nicht mehr mithalten beim Ausgehen, fast jede Freizeitaktivität kostet Geld. Deshalb erfolgt ein häufiges Ausweichen auf Fernsehen und Video.»

Zu den gesellschaftlichen Kosten der Arbeitslosigkeit gehören
- private Überschuldung mit der Folge, dass Schuldverpflichtungen nicht mehr erfüllt werden können, Schulden uneinbringlich sind;
- steigende Obdachlosigkeit;
- steigende Suchtmittelgefährdung;
- steigende Kleinkriminalität.

Ähnliche Folgen können dort entstehen, wo vorwiegend Frauen nach dem Zerbrechen ihrer Familie keine neue Bindung finden und allein für ihre Kinder sorgen müssen: Verlust des Arbeitsplatzes oder durch Teilzeitarbeit gemindertes Arbeitseinkommen; Schuldkomplexe; Isolierung.

Nicht minder schlimm ist es, wenn materielle Verarmung und soziale Verelendung von Arbeitslosen sich wie Rauhreif über besonders betroffene Dörfer, Orte, Stadtviertel lagert. Duisburg-Rheinhausen mit dem drohenden Verlust von 6000 Arbeitsplätzen in der den ganzen Stadtteil beherrschenden Krupp-Hütte ist ein solches Beispiel – in einer Stadt, die von 1960 bis 1980 ohnehin 45 000 Arbeitsplätze in der Montanindustrie verloren hat (1960: 95 000 Beschäftigte, 1988: 50 000): Der Handwerksbetrieb, die Gaststätten, die kleinen Läden im Viertel stagnieren und gehen schliesslich ein, die Sport- und Freizeitvereine können sich kaum noch über Wasser halten. Besonders die Sportvereine können bei leistungssportlichen Konkurrenzen nicht mehr mithalten, denn entsprechende Trainingsarbeit und Talentsuche und -förderung kosten Geld. Karneval und andere grosse Feste im Jahreslauf verlieren ihren Zustrom und ihren Glanz. Mittel und Interessen für die kleinen Verschönerungen an und im Haus und Garten nehmen ab. Mit ihren Bürgern wird die Gemeinde arm. Auch sie muss das kaputte Fussweg-Pflaster und den aufgerissenen Radweg liegen-, den ramponierten Zaun und das von Sprühteufeln verhunzte Trafo-Häuschen oder Haltestellen-Häuschen stehenlassen.

2. Auch der Sozialstaat kann weder in Deutschland noch anderswo alle Armut und alles Elend beseitigen. Vor allem werden noch mehr Einkommenstransfers nicht viel vermögen. Je höher die Belastung des Einkommens mit Steuern und Abgaben, Sozialversicherungsbeiträgen wird, je mehr Einkommens-Unterschiede mit gesetzlichem Zwang eingeebnet werden, um so geringer wird die gesellschaftliche Akzeptanz solcher Umverteilungen.

Über Modelle einer Grundsicherung, einer allgemeinen materiellen Teilhabe am Volksvermögen und Volkseinkommen, über das Abkoppeln von Arbeit und Einkommen weit über die Sozialhilfeschwelle hinaus, gibt es auch in der Bundesrepublik eine heftige Diskussion. Abgesehen von dem ökonomischen Grundgesetz, dass Arbeit die Quelle allen Wohlstandes ist, dürfte solche Entkoppelung zur Verarmung und Verelendung eher beitragen als sie verhindern und lindern.

Zum einen: Wäre Nichtstun so wertvoll und Selbstwert steigernd wie Arbeit, so wären viele immaterielle Folgen der Arbeitslosigkeit unverständlich. Der alte Hegel hat immer noch recht: «Das ist das unendliche Recht des Subjekts, dass es sich selbst in seiner Tätigkeit und Arbeit befriedigt findet.»

Zum zweiten: Wenn Arbeit nicht mehr wichtigste Einkommens- und Wohlstandsquelle ist, trifft das zuerst den kleinen Mann, den Arbeiter, der nur mit

anständig entlohnter Arbeit menschenwürdig leben und sich Wohlstand verschaffen kann.

Es bleibt dabei: Arbeitslosigkeit kann nur durch andere Verteilung von Arbeit, nicht von Einkommen beseitigt werden.

Armut muss es nicht geben

Die Armen brauchen unser Geld, die Elenden und Hilflosen unsere Hilfe. Armut muss es in Deutschland nicht geben, Elend kann gemindert und gelindert werden. Dazu ist eine planvolle, aktive, staatliche Arbeitsmarkt-, Familien- und Fürsorgepolitik nötig. Daran hat es in der Bundesrepublik immer gefehlt und fehlt es nach meiner Überzeugung auch heute. Es gibt gute, sicher erfolgversprechende Ansätze in der Familienpolitik, gute Vorschläge zur Minderung von Armut im Alter. Der Mut zu einer kinderlose Ehepaare belastenden, Familien mit mehreren Kindern fördernden Umverteilung – und anders lassen sich die nötigen Mittel nicht aufbringen – fehlt aber. In der Arbeitsmarktpolitik streiten diejenigen, die alle Verantwortung den Tarifpartnern aufbürden wollen, diejenigen, die ohnehin vom Abschmelzen der Erwerbspersonen – unten wegen geringer Kinderzahl und oben wegen zunehmender Pensionierungen – die Lösung des Problems erwarten, mit denjenigen, die in Arbeitszeitverkürzungen und staatlichen Förderungs-Programmen das Heil sehen, und denjenigen, die einer Umverteilung der nicht beliebig vermehrbaren produktiven Arbeit zwischen Arbeitsbesitzern und Arbeitslosen das Wort reden.

Die Fürsorgepolitik schliesslich, enorm vorangebracht in den sechziger und siebziger Jahren vor allem mit Diensten und Einrichtungen für Behinderte, Hilfen für Obdachlose, Nichtsesshafte, Suchtabhängige und -gefährdete, stagniert und stranguliert Vorhandenes, weil die vorweg finanziell dafür verantwortlichen Gemeinden für die wirtschaftliche Sicherung Arbeitsloser zahlen müssen und ihre Einnahmen darüber hinaus zurückgehen.

Armut muss und darf nicht wieder zum sozialen Aussatz in unserer Gesellschaft werden. Als Folge von Arbeitslosigkeit und von zerbrochenen Familien aber gibt es neue Armut und Elend in einem Masse, die in einem Sozialstaat nicht hingenommen werden dürfen und die unnütze und widersinnige gesellschaftliche Kosten verursachen.

Wir, die wir in der öffentlichen und privaten Fürsorge den Notleidenden, den Betroffenen am nächsten sind, dürfen dazu erst recht nicht schweigen. Wir müssen uns politisch einmischen, damit die Ursachen der neuen Armut beseitigt werden, und wir müssen den Armen helfen, menschenwürdig unter uns und mit uns zu leben.

Wir können, um den berühmten Vers aus Heinrich Heines «Deutschland – ein Wintermärchen» zu zitieren, nicht auf Erden schon das Himmelreich errichten. Alle, die es versucht haben, haben den Menschen die Hölle bereitet. Aber es gibt einen anderen Vers von Heine, den wir umkehren müssen. Viele kennen die bitteren Worte, die Heine nach Matthäus 25, 29 dem Frühkapitalismus ins Stammbuch geschrieben hat:

«Hast du viel, so wirst du bald
noch viel mehr dazu bekommen,
hast du wenig, wird dir auch
dieses Wenige genommen.

Wenn du aber gar nichts hast,
ei, so lasse dich begraben,
denn ein Recht zum Leben, Lump,
haben nur, die etwas haben.»

Unser Leitspruch muss sein:

«Wenn du aber gar nichts hast,
wirst du längst noch nicht begraben,
denn ein Recht zu leben, Mensch,
haben auch, die gar nichts haben.»

Literaturverzeichnis

1. Berichte, Parlamentsdrucksachen usw.

Armutsberichterstattung in der Bundesrepublik / Blätter der Wohlfahrtspflege 11/1986.

Armut und Sozialhilfe in der Bundesrepublik Deutschland – Antwort der Bundesregierung auf Grosse Anfragen der Fraktionen der SPD und der Grünen im Deutschen Bundestag / Bundestagsdrucksachen 10/6055; 10/6623.

Frings, Schwarte, Thien: Armut in der Diözese Münster / Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 1988, 51ff.

Horbach, Maass, Trutzel: Armut und Sozialhilfebedürftigkeit in Nürnberg / Statistische Mitteilungen der Stadt Nürnberg 3/85.

Brinkmann: Die individuellen Folgen langfristiger Arbeitslosigkeit / Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 4/84.

Hartmann: Sozialhilfebedürftigkeit und Dunkelziffer der Armut / Schriftenreihe des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Band 98, Stuttgart 1981.

2. Literatur

Becher: Armut und soziale Arbeit, Dissertation / Gesamthochschule Wuppertal, 1982.

Hauser u.a.: Armut, Niedrigeinkommen und Unterversorgung in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt 1981.

Leibfried/Tennstedt: Die Spaltung des Sozialstaates und die Politik der Armut, Frankfurt 1985.

Lompe u.a.: Die Realität der neuen Armut, Regensburg 1987.

Müller: Lebenslagen als Ziel der Politik / Mitteilungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts 1978, Heft 10.

Schäuble: Theorien, Definitionen und Beurteilung der Armut, Berlin 1984.

Scherl: Absolute Armut in der Bundesrepublik Deutschland / Schriften des Vereins für Sozialpolitik, neue Folge, Band 95, Berlin 1978.